

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschafft: Tageblatt Riesa.
Verz. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsankwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1500
Girofaz Riesa Nr. 52.

Nr. 71.

Freitag, 24. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 11.— Platz einzeln 10 Pfennig. Abreise für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzuzeigen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erzielen an bestimmter Zonen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Gründchrift-Zeile (7 Silben) 2,50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 1 P. pro Zeile. Bewilligt hat nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Veröffentlichungsort: Riesa. Tägliches Unterhaltungsblatt. Drucker an den Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distanz- oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenstelle: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Gemeindeälteste Oskar Hugo Strahmberger in Wülknitz ist als stellvertretender Standesbeamter für den Standesamtsbezirk Wülknitz in Pflicht genommen worden.
Großenhain, den 22. März 1922.

Die Amtshauptmannschaft. 2000.

Wegen Meinung bleib am

Montag, den 27. März

die im Erdgeschoss gelegenen Geschäftsräume des Gemeindeamtes Gröba (Spar- und Girokasse, Gemeindeskasse, Steuerkasse und Einwohnermeldeamt) und am

Dienstag, den 28. März

die im Obergeschoss befindlichen Geschäftsräume (Registrierkammer, Standesamt, Wohlfahrts- und Fürsorgeamt) geschlossen.

Die Anzeigen von Sterbefällen und Totgeburten haben am Dienstag, den 28. März 1922, vormittags von 8—9 Uhr im Zimmer 6 zu erfolgen.
Gröba (Elbe), am 21. März 1922.

Der Gemeindevorstand.

Umsatzsteuer in Gröba betr.

Diejenigen Steuerpflichtigen, die für die Umsatzsteuer in Betracht kommen, werden hierdurch besonders darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Vorschriften Steuerbeträge

über 1000 M. unabhängig von der Anforderung, also ohne Rückfrist darauf, daß der Steuerbescheid zugeleitet worden ist, ab 1. 4. 1922 mit 5% zu verrechnen sind. Wer also noch nicht im Besitz des Steuerbescheides ist, aber Umsatzer über 1000 Mark auf das Kalenderjahr 1921 zu entrichten hat, beeile sich daher, zur Vermeidung von entstehenden Sinsen, die Zahlung des Steuerbetrages rechtzeitig und mithin noch vor Eintreten der Sinsfrist an unsere Steuerkasse zu überweisen.

Gröba (Elbe), am 22. März 1922.

Der Gemeindevorstand.

Kirchengemeinde Gröba.

Sonntag, den 26. März 1922, 1/11 bis 12 Uhr findet in der alten Kirchschule die Wahl der Kirchengemeindevertretung statt. Es sind zu wählen in Gröba 9, in Oberellen 2, in Mersdorf 2, in Pochau 1, in Forberge 1, in Lissa 1 Vertreter. Wählbar ist jedes männliche und weibliche Kirchengemeindemitglied über 25 Jahre, das guten Ruf, bewährten christlichen Sinn, kirchliche Einsicht und Erfahrung besitzt. Wahlberechtigt sind alle in die Wählerliste eingetragenen, sofern nicht eine Bestimmung der Kirchengemeindeordnung gegen sie spricht. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Der Kirchenvorstand.

Deutschland und Sachsen.

Riesa, den 24. März 1922.

* Der Gewerbeverein hielt gestern eine Versammlung im "Wettiner Hof" ab, in welcher der Vorstand Bericht erstattete über die Tätigkeit des Verbandes sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine, besonders über die Maßnahmen, die von ihm zur Einschränkung der Wanderlager ergriffen worden sind. Weiter wurde berichtet über die Zentralisierung des deutschen Handwerks und Gewerbes im Reichsverband des deutschen Handwerks* und die Erfolge, die schon jetzt durch das gemeinsame Vorgehen bei Beratung der neuen Gesetze (neues Handwerkergesetz, Steuergesetze, Handwerksbetrieb im Reichswirtschaftsministerium) zu verzeichnen sind. Den Hauptpunkt bildete ein Vortrag des Herrn Schulsamtkandidaten Hans Bergmann über "Die Entstehungsurachen des Weltkrieges" (Weltgeschichte von 1871—1914). Diese Beiträge hatte er in drei Abschnitte gegliedert. Der erste behandelte die Zeit der Vorherrschaft Deutschlands in Europa (1871—90), im zweiten Abschnitt, der die Jahre 1890—01 umspannt, wie er auf den Bruch Deutschlands mit England und das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich hin. Im dritten Abschnitt führte er Rücksicht auf die Einflusspolitik Edwards VII. und über die Wettbewerbssphäre 1912 und 1913 aus. Dem Vortrag wurde mit Interesse gefolgt und reicher Beifall gewandt.

* Wünschs Theater im Kronprinz wird am kommenden Sonnabend und Sonntag abend die letzten fröhlich gewesenen Fasnet noch ein helteres Lustspiel: "Das Wirkverständnis". — Während seines nunmehr 15 wöchentlichen Aufenthaltes in unserer Stadt hat es Herr Wünsch kein verstanden, ein zahlreiches Publikum an sein Kunstwerk zu fesseln. Für all die schönen Abende darf er des Dankes der Besucher sicher sein, die sein Unternehmen in jeder Erinnerung behalten werden.

* Schülerferienkarten. Mit Gültigkeit vom 1. April 1922 werden auf der Deutschen Reichsbahn, wie dies anlässlich der jetzigen Semesterferien der deutschen Hochschulen für die ordentlichen Studierenden dieser Anfalten bereits angeordnet worden ist, Schülerferienkarten zu ermäßigten Preisen allgemein an die auswärtigen Schüler staatlicher, städtischer und staatlich genehmigten Schulen bei ihren Fahrten in die Ferien zum Besuch der Eltern oder Erzieher ausgegeben. Die Karten werden nur am Schulbeginn und zum Beginn des Semesters sowie aus Anlaß großer Ferien beim Schulabschluß und Schulbeginn ausgegeben, und zwar auf Grund einer Bescheinigung der Schule nach vorgeschriebenem Muster, daß der Inhaber Schüler oder ordentlicher Studierender ist und über die Ferien zum Wohnort der Eltern oder Erzieher fährt. Für die Rückfahrt ist eine neue Bescheinigung beizubringen. Vordrucke zu den Bescheinigungen sind vom 1. April an bei den Fahrtkartenausgaben zu kaufen, wo auch die näheren Bestimmungen über die Fahrpreismöglichkeit zu erfahren sind. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Benutzer einer Schülerferienkarte neben der Bescheinigung der Schule einen von der Gemeinde (Ortspolizei-) Behörde ausgestellten Personalausweis (Pass, Bahnkarte) mit sich führen muß, der mit Lichtbild versehen und von ihm unterschrieben sein muß. Zur Fahrt behutsamer Eintritt in die Schule oder Einschreibung bei der Universität werden Schülerferienkarten nicht ausgegeben. In solchen Fällen kann aber die mit der Ferienkarte verbundene Fahrpreismöglichkeit in Gestaltungsweg gewahrt werden, wenn die Bescheinigung der Universitäts- oder Schulleitung nachträglich beigebracht und mit der benötigten Fahrtkarte zum vollen Preis vorgelegt wird. Um zu erwähnen, daß von den Schülerferienkarten schon zu den Osterferien Gebrauch gemacht wird, diese Ferien aber an einzelnen Orten bereits im Monat März beginnen, sind die Fahrtkartenausgaben angewiesen, bis zum 1. April Autricke auf Erhalt der Bescheinigung auch dann zu entsprechen, wenn der Schüler eine handelsübliche Bescheinigung der Schule vorlegt, daß der Inhaber Schüler der betreffenden Anstalt ist und über die Ferien nach dem Wohnort der Eltern fährt. Schülerferienkarten können unter den tarifmäßigen Voraussetzungen auch an reichsdeutsche Studierende und Schüler ausgegeben werden, die Universitäten und Schulen in Freistaat Danzig und in Deutsch-Oesterreich besuchen. Bei der Ausgabe der Karten haben die Studierenden ihre deutsche Staatsangehörigkeit nachzuweisen.

* Anmeldungen von Kolonialländern. Nach dem Kolonialentschädigungsgesetz vom 28. 7. 1921 müssen Anmeldungen von Kolonialländern auf Bischläge für Haushalt und Betriebsaufwände, Wiederherstellungskosten usw. auf vorgeschriebenem Formular bis zum 30. Juni 1922 an den Reichssekretär des Kolonialministeriums

und Kolonialinteressenten e. V., Berlin-Lichterfelde 3, Willdenowstraße 2, eingereicht werden. Dieser gibt sie nach Prüfung an die zuständige Sprachkammer weiter. Die Formulare übersendet auf Antrag der vorgenannten Behörden. In den neuen Anträgen kann auf die früheren Einträge an die Sprachkommission (Vortrefflichkeitsurteil) Bezug genommen werden.

* Einigung zwischen Arzten und Krankenanstalten. Die Verhandlungen zwischen den Hauptvertretern der Arzte und Krankenanstalten im Reichsministerium haben gestern mittag zu einer Einigung geführt. Für das erste Vierteljahr 1922 wurde ein Honorar von 10 Mark für die Beratung und 20 Mark für den Besuch vereinbart. Von 1. April ab gelten die Sätze der an diesem Tage in Kraft tretenden neuen preußischen Gehaltsordnung.

* Wer hat Höls festgenommen? Um die Belohnungen, die für die Festnahme von Max Höls und seinen Mitweltigen ausgesetzt waren, ist es zu einem Rechtsstreit gekommen, der demnächst die Gerichte beschäftigen wird. Höls batte im März 1921 nach einer Bankensonde in der Jungfernheide bei Berlin eine Versammlung von kommunistischen Führern einberufen, in der er den Vortrag hielt. In dieser Versammlung sind jene Sprengstoffattentate beschlossen worden, die später zum Teil zur Ausführung gelangten und auch ihre gerichtliche Sühne gefunden haben. Einer der mit der Ausführung der Attentate beauftragten Kommunisten ist seinerzeit in Niedersachsen festgenommen worden, nachdem sein Begleiter auf den die Verhaftung bewirkenden Polizeibeamten geschossen hatte. Dieser Beamte erhielt eine Belohnung von 1000 Mark, während dem Kriminalbeamten, der die Festnahme von Max Höls selbst bewerkstelligt hat, eine Belohnung von 15 000 Mark zugesprochen wurde. Einen besonderen Anteil an der Aufdeckung aller Attentatspläne hatte die Kriminalpolizei in Wissensleben. Es gelang fünf dortigen Beamten, einen gewissen Karl Schulz aus Charlottenburg, der an dem Attentat auf die Charlottenburger Amtshof-Brücke beteiligt war, mit vier anderen Kommunisten unter Lebensgefahr festzunehmen. Nach den Angaben von Schulz sind dann auch die übrigen Attentäter ermittelt und verhaftet worden. Die Wissenslebener Polizeibeamten beanspruchen nun den größten Teil der ausgesetzten Belohnung von 50 000 M. und haben durch ihren Bevölkerungsrechtshistoriker Bahn, verfeindete Anträge an das sächsische Justizministerium gerichtet, das aber bisher nur 10 000 Mark billigte. Die Beamten wollen nunmehr den Klageweg beschreiten und durch das Sozialgericht ihre Ansprüche an die ausgelobten Belohnungen feststellen lassen.

* Oschatz. Die Stadtverordneten genehmigten die Erhöhung des Wasserpreises auf 2,40 M. und des Gaspreises auf 4,75 M. Der Strompreis wurde auf 0,80 M. für Licht und 5,30 M. für Kraft erhöht. Die Erhöhungen treten am 1. April in Kraft.

* Weimar. In den Nachmittagstunden des Sonnabend wurde ein Freiballon mit der Aufschrift "Dresden" gestiegen, der von Norden kommend, in unserer Gegend in eine völlige Windstille geriet und trotz aller angewandten Mittel nicht von der Stelle kam. Nachdem auch der leiste Ballon geopft worden war, mußten sich die vier Insassen zur Landung entschließen, die, eben infolge der herrlichen Windstille, mitten im Hubertusburger Friedhof, in der Nähe der Straße nach Dahlem erfolgte. Sie gingen ohne jeden Unfall vor sich, trockn der hohen Bäume, inmitten welcher der Ballon niederging. Letzterer wurde verpackt und per Auto nach dem gleichen Bahnhof gebracht. Die Ballonfahrt hatte in Bitterfeld begonnen. Ihr Ziel war eigentlich Bayern, aber die widrigen Umstände bereiteten ihr ein vorzeitiges Ende. Mit der Eisenbahn traten die Fahrgäste ihre Rückreise an.

* Dresden. In der Nacht zum 17. Januar war der berüchtigte Verbrecher Engelhardt auf ganz verwegen Art aus der Dresdner Gefangenanstalt am Würzburger Platz entwichen. Er hat, wie sich jetzt herausstellt, unweit vom Neustädter Bahnhof einen recht guten Unterschlupf gefunden, und von dort aus erneut sein lästiges Handwerk betrieben. Vor einigen Tagen sollte dieser gemeinfährliche Verbrecher ausgehoben und festgenommen werden, es gelang ihm aber, zu entwischen. Als Civillpersonen in Göttingen die Verfolgung aufzunehmen, bebrotete er diese mit dem Revolver, sodass er wieder entkommen ist. Engelhardt hatte auf der Rudolfstraße in der Wohnung eines Schiffers Unterschlupf gefunden, leichter und seine Frau wurden festgenommen, in der betreffenden Wohnung auch wertvolles Einbruchswerkzeug vorgefunden. Nach Feststellung des Tatbestandes wurde die Chefarzt des Schiffers wieder entlassen.

* Niedersedlitz. Die Vereinigung mit der Nachbargemeinde Großdöllnitz unter dem Namen Niedersedlitz ist

vom Ministerium des Innern unter dem 18. Mts. mit Wirkung ab 1. 4. 1922 nach Maßgabe des diesjährigen Ortsgeleisches zugleich auch die damit verbundene Rendierung der Bezirksverbandsgrenzen genehmigt worden.

* Sebnitz. Da sich der Kleingeldmangel besonders in Sebnitz stark bemerkbar macht, hat das "Grenzblatt" Kleingeldmünzen aus Porzellan herstellen lassen. Da die Münzen auf Grund des inzwischen ergangenen Verbotes nicht als Notgeld in Umlauf geist werden dürfen, so fürsten sie vorerst im Abonnement- und Kundenkreis. Der Nominalwert der Münzen ist auf 1 Mark festgesetzt, und bestimmt sind sie aus braunem Böttigerporzellan. — Ein Geschäftliche, der an der Arbeit keinen Gefallen finden konnte, grüßt sich an einem Bergbaum eine Höhle, wo er die Räthe verbrachte. Am Tage steht er was er zum Leben brauchte. Der Polizei gelang es jetzt, den jugendlichen Höhlenbewohner festzunehmen.

* Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordneten erhöhten die Hundesteuer um 100 Prozent und den Gaspreis auf 2,25 M.

* Plauen i. B. Wegen Schneeverwehung mußte der staatliche Kraftwagenbetrieb auf der Strecke Plauen-Hof eingestellt werden.

* Weimar. Als erste unbefolgte Stadträte zieht jetzt in das Leipziger Rathaus die Reichsgerichtsratsmitwirte Anna Udermann ein. Bislang waren es nur Stadtverordnete, die für den Stadtratsposten gewählt wurden. Nunmehr hatte die Wirtschaftspolitische Fraktion, in der alle Bürgerlichen Parteien vertreten sind, Frau Udermann mit bei der Wahl der unbefolgten Stadträte präsentiert; sie wurde auch gewählt.

* Leipzig. In der Woche vom 26. Februar bis 2. März d. J. sind aus bietigen Fremdenbüros 8289 Reichsdeutsche und 874 Ausländer polizeilich abgemeldet worden. Während der diesjährigen Frühjahrsmesse vom 3. bis 18. d. M. sind insgesamt 92 296 Fremde, dabei allein 18 498 Ausländer, aus Fremdenbüros und Privatwohnungen abgemeldet worden. Ohne Zweifel ist jedoch die Zahl der Wicht hier aufsässig gewesenen Fremden bedeutend größer gewesen, da trotz aller öffentlichen Auforderungen die polizeilichen Anmeldungen in Tausenden von Fällen unterlassen worden sind. Bewohner aus fast aller Herren Ländern hatten sich in Leipzig in diesen Tagen ein Stellchen gegeben. Es waren eingetroffen 30 Ägypter, 4 Afrikaner, 700 aus den amerikanischen Staaten, 24 Asiaten, 4 Australier, 646 Belgier, 172 Bulgaren, 24 Chinesen, 747 Dänen, 41 Danziger, 1332 Engländer, 61 Gründer, 129 Finnländer, 496 Franzosen, 8 Georgier, 99 Griechen, 2930 Holländer, 52 Japaner, 7 Indier, 237 Italiener, 237 Südländer, 212 Letten, 160 Litauer, 56 Luxemburger, 8 Memelländer, 305 Norweger, 1757 Österreicher, 14 Perifer, 478 Polen, 63 Portugiesen, 312 Rumänen, 205 Russen, 899 Schweden, 1067 Schweizer, 346 Spanier, 56 Staatenlose, 3355 Tschechoslowaken, 97 Türk, 69 Ukrainer, 576 Ungarn und 19 Armenier. — Die Erörterungen betreffen des Raubmordverjudes am Kaufmann Lühmann in Leipzig-Gohlis sind nunmehr abgeschlossen. Auf Grund des Ermittlungsergebnisses ist festgestellt worden, daß der Jugendliche Wittling als alleiniger Täter in Frage kommt. Durch wiederholtes Einwirken von dritter Seite ist er angeblich auf den Gedanken gekommen, sich durch eine Gewalttat Geld zu verschaffen, möglicherweise et sich Kleidungsstücke zu kaufen beabsichtigte. Wittling hatte in der Schule die Klasse für Schwachbegabte befahren. Er ist als vollwertiger Mensch nicht anzusehen. Er ist inzwischen der Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

Sächsischer Landtag.

wil. Dresden, 23. März.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Präsident Grändorf das Ableben des deutschnationalen Abgeordneten Sander mit. Erwiderte ihm ehrende Worte des Gedenkens. Die Abgeordneten hatten sich von ihren Plätzen erhoben. Die Punkte 8 und 9 sowie auch Punkt 11 der Tagesordnung werden für die Sitzung am 30. März zurückgestellt. Letzterer Punkt betrifft die Papiernot der Presse. Nach Eintreten in die Tagesordnung wird die Anfrage Wehrmann (DVB) wegen der Neuregelung der Beamtenkündbarkeit dahin beantwortet, daß die sächsische Regierung ebenfalls wie die Reichsregierung eine Rendierung dieser Bestimmungen anstrebt, aber auf dem Standpunkt steht, daß das vor der berichtenden Neuregelung des Beamtenrechtes nicht möglich sei. Zu einer Anfrage des Abg. Pagenstecher (DVL) wegen des angeblichen Anklaus von Getreide der nächsten Ernte an enormen Preisen äußert sich die Regierung dahin, daß die Angelegenheit auch auf der jetzt stattfindenden Konferenz der Wirtschaftsminister in Berlin verhandelt worden sei, doch aber nicht ein einheitlicher Vertrag vorbereitet

habe. Im Sozialen sei allerdings ein Föll zur Anzeige gelangt, doch seien die Erörterungen darüber noch nicht abgeschlossen. Die Regierung werde alsdann durch die Presse Auskunft geben. Hierauf bewilligte der Landtag einstimmig die Anträge bei Kapitel 8 des Staats und des Betriebsvertrages (Vorstellungsmannfaktur Weihen), sowie auch die Vorlage 79 (Betriebsabschlußbericht über den Handel des staatlichen Elektrizitätsunternehmens bis 31. März 1921) und zu Artikel 14 und 8 des außerordentlichen Staats (Kapitalbedarf des Elektrizitätsunternehmens) und überwies die Beschlüsse der Gemeinden Schaudau, Königstein und Görlitz der Regierung zur Erörterung. Der Preis für Elektrizität soll auf eine andere Basis gestellt werden, die die Abnahme der Elektrizität erleichtere. Abg. Blüher (DVP) bewilligte die Rentabilität des staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf der gegenwärtigen Basis. Finanzminister Hölzl glaubt aber die Erweiterung der Elektrizitätsunternehmen, wie sie geplant sind, leicht vornehmen zu können, da niemand weiß, ob das in der ungewissen Zukunft noch möglich sein werde. Mit den Gemeinden werde später der Staat wahrscheinlich gemeinschaftlich marschieren müssen; die Projekte seien bereits in der Bearbeitung.

Weiter werden bei Kapitel 42 (Arbeitsministerium) die Kosten der Schwangsverwaltung der Bubendorfer Kohlwerke bewilligt, sowie auch anteilige Kosten aus einer Bestellung österreichischen Brennholzes. Bei der Aussprache, die sich um die widersprechenden Anordnungen der Reichs- und der Landesregierung über Notstandsmassnahmen dreht, stellte der Arbeitsminister eine die Notstandsmassnahmen regelnde Entschließung an den Landtag in Aussicht. Der Antrag der Rechten auf Erweiterung des Gehalts des Arbeitsministers wegen der Bubendorfer Brachkosten wird mit 48 sozialistischen gegen 46 bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Kap. 64 (Gewerbe- und Handelsausschluß) wird nach langer Aussprache einstimmig genehmigt, ebenso Kap. 68 (Reichsversicherung und Unfallfürsorge für Gefangene). Ferner wird die Regierungsvorlage über Hausratbeschaffung für Minderbemittelte abgelehnt, da es sich nicht um ein gemeinschaftliches Unternehmen handle. Gleichzeitig wird noch das Kap. 92 (Technische Hochschule in Dresden) verabschiedet. Der Besuch ist seit 1914 um mehr als 100 Prozent gestiegen, und zwar auf 8288 Studierende einschließlich Ausländer. Ein Studienheim soll gegründet werden.

Schließlich erfolgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die

Umwandlung der Lehrerseminare in höhere Schulen. Nach umfangreicher Berichterstattung und Aussprache wird der Entwurf gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen angenommen.

Damit ist die Zusammensetzung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag, den 30. März, vormittags 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

wb. Berlin, 23. März.

Zweite Beratung des Kohlensteuergesetzes.

Die Regierung wollte die bisherige Kohlensteuer von 20% verhängen. Der Ausdruck bot dem zustimmt. Die Deutschen Nationalen beantragen 30%, die Unabhängigen wollen Haushaltssubvention für Perioden mit einem Jahresinkommen unter 50.000 Mark steuerfrei lassen.

Staatssekretär Järf erlässt die Bereitwilligkeit der Regierung, in Einzelfällen bestimmten Industrien bei besonderen wirtschaftlichen Bedürfnissen Steuerfreiheit für die Kohle zu gewähren.

Abg. Leopold (Dnat.) empfiehlt den Antrag seiner Partei, da eine Annahme der Kohlensteuer auf den Weltmarktpreis erst möglich sei, wenn sich die deutsche Wirtschaft bestätigt habe. Eine Verbilligung des Haushandes für die ältere Bevölkerung sei praktisch leider nicht durchführbar.

Abg. Wehrhof (Unabh.) tritt für den Antrag seiner Freunde ein und fordert die Konkurrenz auf, gegen die Preisdiktatur der Kohlenzeichen mobil zu machen.

Abg. Fröhlich (Komm.) bekämpft die ganze Vorlage, die den drei Plänen neue Kosten aufwerfe, während die Industrie unerhörte Gewinne einheimse.

Abg. Rößler (Soz.) hält fest, daß die außenpolitische Lage leider die Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent unvermeidlich mache. Auch die Verbilligung des Haushandes sei wegen der daraus für die Kohlenförderung an Frankreich entstehenden Folgen nicht durchführbar.

Abg. Lind (Dnat.) verweist auf die schädlichen Wirkungen, welche die hohe Kohlensteuer auf die Erzeugung der künstlichen Düngemittel ausüben wird.

Abg. Simbush (B.) betont, daß uns die Erhöhung der Kohlensteuer gegen unsern Willen aufgeszwungen werde. Darauf sollten wir uns hier nicht herumzuladen, sondern gemeinsam uns gegen die wirkliche Ursache unserer Not wenden.

Abg. Graf Ranft (Dnat.) fordert eine Entschließung, daß die Regierung binnen zwei Monaten einen Gesetzentwurf zur Unterstützung des schwer leidenden ostpreußischen Wirtschaftsbezirks vorlegen möge.

Nachdem Abg. Koenig (Komm.) die gegen eine Steuerfreiheit für den Haushalt geäußerten Bedenken als eine Ansrede bezeichnet hatte, wird die Vorlage nach den Ausführungen angenommen mit der Aenderung, daß die Steuererhöhung ab 1. April ds. Jrs. in Kraft treten soll. Angenommen wird auch die Entschließung zur Unterstützung Ostpreußens. Alle übrigen Aenderungsanträge werden abgelehnt.

Während der Abstimmungen kommt es zu Värmzenen, weil die Abgeordneten Fröhlich und Hölein (Komm.) noch nach geschlossener Aussprache das Wort verlangen und namentlich der leitgenaue Abgeordnete die Wortverweigerung mit lauten Bemerkungen gegen den Präsidenten und die Mehrheit beantwortet. Er wird deswegen zweimal zur Ordnung gerufen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Erhöhung der Leuchtmittel-, Bündwaren-, Biers-, Mineralwasser- und Tabaksteuer.

Die Abg. Koenig (Komm.) und Beckmann (Unabh.) schließen die Leuchtmittelsteuer als eine "Antikultursteuere" ab.

Nachdem ein Versuch der Kommunisten, vor der Abstimmung die Befreiungsfähigkeit anzusprechen, mißlungen ist, wird die Leuchtmittelsteuererhöhung angenommen, ebenso die Bündwarensteuerhöhung.

Die Biersteuer soll nach der Ausschlußfassung gesteigert werden und zwar sollen für jedes Hektoliter der Jahresertragung erhoben werden:

von den ersten	2000 Hektolitern	41 M.
" folgenden	8000	42 "
" "	10000	43 "
" "	10000	44 "
" "	80000	40 "
" "	60000	48 "
Lebendgetränke		50

Nach weiteren heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Hölein (Komm.), Kappeler (Soz.) und Koenig (Komm.), welche sich gegenseitig vorwerfen, durch die Verhältnisse im Ausdruck die vierjährige Steigerung der Biersteuer verursacht zu haben, wird die Biersteuer nach den Ausschlußfassungen angenommen. Sie soll mit dem 1. Mai in Kraft treten.

Es folgt die Mineralwassersteuer. Die Steuer beträgt bei Mineralwasser 0.10 M., bei Mineralwasser 0.20 M., bei

konzentrierten Kunstmarmaden 2 M., bei den Kunstmarmaden aus Herstellung von konzentrierten Kunstmarmaden 40 M. für den Liter.

Abg. Dr. Wumm (Dnat.): Wie war es eine große Genossenschaft, daß bei der zweiten Lesung des Brauerei- und Mineralwassermonopols ein Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus mit Unterstiftung aller Parteien geschaffen wurde. — Darauf wird die Mineralwassersteuer in der Ausschlußfassung angenommen.

Es folgt das

Tabaksteuergesetz.

Das Gesetz bringt eine wesentliche Erhöhung des Steuers auf alle Arten von Tabak. Nach den Vorschlägen des Ausschusses sollen Zigaretten, die nach dem 1. Januar 1922 steueramtlich angemeldet werden, oder die jünger infolge Erbgangs ihren Aufdruck nach dem 1. Januar 1922 wechseln, neden der Tabaksteuer bis Ende 1928 einem Tabaksteuer-Ausschlag von 50 Prozent unterliegen, soweit von diesen Betrieben die Zigarettenmenge überwacht wird, die sie in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1922 zur regelmäßigen Abgabe zum regelmäßigen Abgabehab versteuern durften. Der Tabaksteuer-Ausschlag soll auch für die im Inland hergestellten Zigaretten aus Tabaksteuerlöhnen erhoben werden.

Die Sozialdemokraten, die Demokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Vorwärts-Volkspartei beantragen statt dessen, die über das bisher im Tabaksteuer-Gesetz festgelegte Kontingent hinaus versteuerten Zigaretten, soweit die Mehrwertsteuer mehr als 25 Prozent beträgt, neben der Tabaksteuer einem gestaffelten Tabaksteuer-Ausschlag zu unterwerfen, der bis 31. Dezember 1920 100 Prozent, im Jahre 1921 75 Prozent, in den Jahren 1922 und 1923 50 Prozent und im Jahre 1924 25 Prozent der Zigaretten zu entrichten Tabaksteuer beträgt.

Der Kompromißantrag wird angenommen, ebenso der Meld. der Sozialdemokraten. Angenommen wurde ferner eine Entschließung, in der die Regierung erlaubt wird, Maßnahmen zu treffen, daß vom Tage der Verabsiedlung des Gesetzes bis zum 1. Juli d. J. höhere Steuern auf Tabakergänzungen, wie durch das genannte Gesetz vorgesehen, nicht erhoben werden. Die Regierung wird erlaubt, die Höchstgewichtsgrenze für Zigaretten soweit heraufzusetzen, daß auch nach Inkrafttreten der neuen Steuergesetze die Herstellung von Qualitätszigaretten möglich ist.

Um 10 Uhr wird ein Vertragungsantrag der Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt das

Gesetz über die Erhöhung von Zöllen.

Der Ausschuss hat gegenüber der Vorlage der Regierung den Föll auf Kasse für einen Doppelpenter von 200 M. auf 100 M. herabgesetzt. Auch die Sache für Haushaltssubventionen sind vom Ausschuss auf 25 (rohe), 60 (gebrannt), 150 (gekühl) gegenüber der Regierungsvorlage herabgesetzt worden.

Die nächste Sitzung soll am Freitag 12 Uhr stattfinden: Kleine Vorlagen, Weiterberatung der Steuervorlagen.

Die Frage der Papierpreise.

Im Reichstag stand gestern eine Befreiung statt, an der Vertreter aller Parteien, der Zeitungsverlegerorganisationen und des Reichswirtschaftsministeriums teilgenommen haben und die die Frage der Papierpreise behandelt. Es wurde darin der Umstand dargestellt, daß vom 1. April ab eine weitere ganz ungeheure Zunahme der Papierpreise, etwa von 8 auf 18 Mark droht, und es wurden die daraus sich ergebenden Gefahren für die Überverdrehung der deutschen Preise mit fremdem Kapital, das Eingehen vieler kleiner und mittlerer Zeitungen und eine damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckergewerbe behandelt. Die Zeitungsverleger erachten das Reichswirtschaftsministerium und die Parteivertreter, sofernige Abstimmnahmen im Reichstag zur Annahme zu bringen, von denen besonders ins Auge gefaßt wurden

1. eine Ausfuhrperte für deutsches Papier,

2. soweit die Ausfuhr noch gerechtfertigt wird, eine Verzehrung vom Auslandsgewinne auf die Inlandspreise,

3. eine öffentliche Verordnung des Papieres und aller zum Papier gehörigen Rohstoffe.

Als besonders wichtig hielten alle Redner hin, daß die Länder für Holz, das zur Druckpapierfabrikation verwendet wird, geringere Preise erheben müßten und vielleicht wie in der Tschechoslowakei allen Waldbesitzern eine bestimmte Absicherungspflicht für Holz zu vorgeschriebenen Preisen aufgelegt werden müßte. Sodann wurden über die Verrechnung der Justizanstalter Vorläufige gemacht. Die einzelnen Parteien werden sich in Fraktionssitzungen mit diesen Vorlagen beschäftigen. Wegen der Dringlichkeit soll die Frage in der nächsten Woche im Reichstag zur Entscheidung gebracht werden.

Vermischtes.

Ein deutscher Dammer gesunken. In der vorletzten Nacht ist vor Hongkong der Bremer Tampier "Germann", mit 364 Tonnen Stützlast nach Kanton bestimmt, gesunken. Er war wegen schlechter Eisverhältnisse vor der chinesischen Küste umgekehrt und, einem Eisbrecher folgend, gegen eine Eisslane gestoßen, sodass er entwurzelt. Der deutsche Tampier "Henny" rettete die 14 Mann zählende Besatzung.

Aufgeklärter Mord. Aus München wird gemeldet: Im vorigen Jahr wurde die Leiche eines Kellners Hartung in der Nähe von Zugmühle mit 11 Schüssen getötet. Gestorben ist der Kellner Hartung am 11. Februar 1921. Der Tote ist in einem kleinen Kellerei-Haus in der Nähe von Zugmühle gefunden worden. Er war wegen schlechter Eisverhältnisse vor der chinesischen Küste umgekehrt und, einem Eisbrecher folgend, gegen eine Eisslane gestoßen, sodass er entwurzelt. Der deutsche Tampier "Henny" rettete die 14 Mann zählende Besatzung.

Schwetes Explosionsunglück bei Glogau. Im Munitionserzeugerwerk in Glogau bei Glogau explodierte gestern vormittag eine Minenlade. Mehrere Arbeiter wurden getötet und verschüttet. Der Umgang des Unglücks läßt sich noch nicht übersehen. In dem 8 Kilometer entfernten Glogau wurden zahlreiche Schäden entdeckt.

Herrlicher Schneesturm in Württemberg und Baden. Nach meldungen aus Karlsruhe herrscht in Württemberg und Baden seit vorgestern ununterbrochen bestiger Schneesturm. Der Verkehr hat durch den hohen Schnee Störungen erlitten. Die Telefon- und Telegraphenleitungen sind vielfach gestört. Die Kälte stieg gestern früh bis 10 Grad.

Gewaltige Schneefälle im Riesengebirge. Aus Hirschberg wird gemeldet: Seit vorgestern gehen im ganzen Riesengebirge gewaltige Schneefälle nieder. Auf dem Hochgebirge ist bei 10 bis 15 Grad Kälte ein halber Meter hoher Schneedecke gefallen. Die Böge verkehrslos mit erheblichen Verspätungen. Die Bahnstrecke nach Böhmen hat unter großen Schwierigkeiten bei heigender Benutzung des Dampfschneekettels offen gehalten werden können. Doch muß bei dem fortwährenden Schneefall mit einer Sperrung dieser Strecke gerechnet werden.

Heinz v. Opel lebt. Wie die "S. S. am Mittag" erläutert, hat Heinrich v. Opel Nachricht aus Heiligensblut erhalten, woraus zu entnehmen ist, daß sein Sohn bei der Schifffahrt nicht umgekommen, sondern am Leben ist.

Abenteuer eines Deutsch-Amerikaners in Berlin. Ein Deutsch-Amerikaner war dieser Tage mit seinen Ersparnissen aus dem Dollarland nach Deutschland zurückgekommen. Nach seinem Eintreffen in Berlin lud er ein Hotel am Gitterlin Bahnhof auf. Hier lernte er eine auswärtige Dame kennen und zog mit ihr. Sie hat

Beziehung zu einer Begleiterin dann die Holländerin. Es gelangte ihr, beim Markt Gerichten 1200 Dollar unbemerkt aus der Brieftasche zu nehmen. Wili der Herr verschwand und suchte ihre Freunde, eine Kneipe, auf. Die Mädchen wollten nur für das Geld eine Reise in ihre Heimat machen. Sie rückten sich dazu auf und waren mit den Kaufmännischen Scheinen nur so um. Der Freund der Böhe besetzte die beiden auf ihrer Fahrt nach Dresden. Inzwischen hatte ein Kriminalkommissar die Spur gefunden. Der Konditor Bahnhof wurde bewacht und der Freund der Böhe bei seiner Rückkehr festgenommen. Der hatte angenommen, daß Anna Reinhard Dienstag traf aus einem Amerikaner als Geschenk erhalten. Dienstag traf nun auch die beiden Mädchen wieder ein und wurden gleichfalls auf dem Bahnhof verhaftet, nachdem sie Polizeipräsidium und von dort nach Moabit gebracht. Der Freund der Böhe wurde wieder freigelassen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 23. März 1922.

Stresemann zur Reparationsnote.

* Berlin. Der Berliner Vertreter der Neuen Freien Presse batte mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, eine Unterredung über die Note der Reparationskommission. Dr. Stresemann bestätigte darin vor allem die geistige Einstellung, die aus der Note spricht und die darin steht, daß man die auf Genau gelesenen Hoffnungen für eine wirtschaftliche Befriedung Europas aufzehren müsse. Weiter heißt es darin: Wie oft sind im letzten Jahre Stimmen aus England und Amerika zu uns gekommen, Stimmen von wirtschaftlichen Sachverständigen, die und sagten, daß sie ihre Sache als untergebracht betrachten. Alle diese Stimmen haben, wie sich nun zeigt, in ihren eigenen Ländern kein Gehör gefunden. Ich selbst habe in der letzten Zeit viel mit Franzosen gesprochen, die mir sagten, daß sie eine Verständigung mit Deutschland aufrecht wünschten, und die mir auffielen, als ich sie darauf hinwies, die Reparationsnote könnte nur eine internationale Anleihe gelöst werden, und als ich sie aufforderte, dabei zu wirken, daß Frankreich seinen vollen Einfluß bei Amerika geltend machen sollte, um Amerika zu bestimmen, um die Anleihe zu bewilligen. Und jetzt kommt die Antwort der Reparationskommission und zeigt, wie in Wirklichkeit die Verständigung aussieht, die man in Frankreich anstrebt. Das Traurigste an dieser Antwort, wie gesagt, ist der Geist, den sie atmet. Sie verstößt alle Verständigungsbemühungen und wirkt uns mindestens um ein Jahr zurück.

Die Erklärungen des Kanzlers am Dienstag.

* Berlin. Wie das "Berliner Tageblatt" mitteilt, dürfte die Rede des Kanzlers in der Reichstagssitzung am kommenden Dienstag über die Partei-Borderungen unerwartete folgenden Gedankengang haben: Dr. Wirth wird wahrscheinlich hervorheben, was Deutschland bisher für die Wiederaufrichtung geleistet hat. Er wird dann wohl auf die Unklarheiten, die in der Note der Reparationskommission enthalten sind, eingehen und die Frage beantworten, ob sich Verhandlungsmöglichkeiten ergeben könnten. Am weiteren Verlauf seiner Ausführungen dürfte der Kanzler, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, erklären, daß die Auflösung der in der Reparationsnote geforderten 60 Milliarden neuen Steuern unmöglich ist. Diese Auflösung Dr. Wirths, daß die Steuerverordnungen der Reparationskommission unerfüllbar sind, deckt sich mit der Ansicht, die in allen Wirtschafts- und politischen Kreisen besteht. Schon daraus geht hervor, daß innerpolitische Konsequenzen, die zu einem Rücktritt des Kabinetts Wirth führen könnten, nicht zu erwarten sind. Die Mehrheit des Reichstages wird sich vielmehr auf eine bestimmte Beschlusseinführung einigen.

Uebertritt der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft zur USPD.

* Berlin. Die Leitung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht in der "Freiheit" einen Aufruf, in dem sie ihren Uebertritt zur USPD. bekanntgibt und die Mitglieder der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft auffordert, sich gleichfalls mit der unabdingbaren Sozialdemokratischen Partei zusammenzuschließen. Auch die Mitglieder der KPD und die Angehörigen der SPD werden in dem Aufruf zur Herstellung der Einheitsfront des Proletariats aufgefordert, sich in der USPD wieder mit einander zu vereinen. Unterzeichnet ist der Aufruf von Brack, Dümig,

Partie der sozialistischen Bevölkerung bei seiner Amtseinführung und erklärte von neuem, daß in der Befreiungsfrage der Verhälter Matz allein zuständig sei. Galander holte die Sitzung, indem er erklärte, daß er die Darlegung der beiden Bevölkerungsteile, sowie die Zukunftsfähigkeit, die Oberschule aufgeworfen habe, prüfen werde. Die Entscheidung in allen diesen Fragen werde er gleichzeitig vorlegen. Ein genaues Datum konnte der Präsident nicht angeben. Man hatte dies den Eindruck, als wenn der Schiedsgerichtsrat in der Befreiungsfrage wie in den anderen früheren Fragen wesentlich später erfolgen werde, als es noch in den letzten Tagen die Absicht des Präsidenten war. Eine Veränderung des ursprünglichen Programms ist auch insofern eingetreten, als die heutige Sitzung, in der die übrigen Fragen besprochen werden sollen, entgegen der früheren Erstteilung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird.

Der gewusste Scheit bei Griechenland.

Griechen. Der französische, englische und italienische Gesandte untermauern gekonnt den angekündigten gemeinsamen Schritt bezüglich der Vorschläge zur Herstellung eines Balkanstaates zwischen den Griechen und Türken.

Von der Pariser Konferenz.

Paris. Poincaré, Lord Curzon und Schenck gaben zusammen mit ihren Beratern gestern nachmittag am Quai d'Orsay eine zweite Sitzung ab. Nach der Sitzung wurde der Presse folgender Bericht übergeben: Die drei Außenminister widmeten einen großen Teil der Nachmittagsitzung dem Studium der Frage des Schutzes der Kinderarbeiter sowohl in Italien wie in Europa. Über die gesuchten Fragen wurde eine Einigung erzielt, die in die den Türken und Griechen liegenden vorschlagenden Regelungen aufgenommen werden soll. Der Balkanbund, in den die Türken aufgenommen zu werden ersuchen werden, sobald sie die Bedingungen des Friedens angenommen haben, wird ausgesondert, bei Anwendung der oben erwähnten Maßnahmen mitzuverarbeiten. Die interalliierte Militärföderation unterbreite den drei Ministern Vorschläge bezüglich der Räumung Kleinasiens, die sie ablehnen. Die drei Minister begannen alsdann die Prüfung der armenischen Frage, deren Studium sie in den nächsten Sitzungen fortsetzen werden. Die nächste Sitzung der drei Minister findet heute vormittag 10 Uhr statt.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenblattplan der Sachsischen Staatsoper zu Dresden vom 26. März bis 2. April 1922. **Montag:** "Der Bajazzo", "Sächsische Bauernehe" (7-10). **Dienstag:** "Die kleine Marzi" (7-10). **Mittwoch:** "Aida" (7-11). **Donnerstag:** "Urdine" (7-10). **Freitag:** Sinfonie-Konzert Meissner (7 Uhr); "12 öffentliche Hauptprobe". **Sonnabend:** "Die Bobème" (7-10). **Sonntag:** "Hoffmanns Erzählungen" (7-8-11). **Montag:** "Lohengrin" (6-7-11). — **Schauspielhaus:** **Sonntag:** "Ein Sommernachtstraum" (7-10). **Montag:** "Schluss und Zug" (7-10). **Dienstag:** "Minna von Barnhelm" (7-10). **Mittwoch:** "Hoffmanns Tochter" (7-10). **Donnerstag:** "Die Nibelungen" (7-11). **Freitag:** "Das Oper" (7-10). **Sonnabend:** "Am Leich" (7-8-10). **Sonntag:** Vor 11 Uhr Vorstellung für den Verein "Dresdner Volksbühne": "Minna von Barnhelm", "Romeo und Julia" (7-11). **Montag:** "Federmann" (7-8-9).

Tino Battista trat am Donnerstag erstmals wieder nach Rückkehr von seiner Amerikareise im Dresdner Opernhaus auf, er sang in der Oper "Tosca" den Mäler Mario Cavaradossi. Das Haus war ausverkauft. Tino Battista wurde mit unbeschreiblichem Beifall begrüßt, der am Schluß der Aufführung kein Ende nehmen wollte.

Eine Expedition nach dem Pleistaurus. Eine Nordungarsreise ist jetzt von Buenos Aires aus nach Chubut in Patagonien unternommen worden mit dem Zwecke, einen Pleistaurus aufzufinden, der in dieser abgelegenen Gegend gefunden werden kann soll. Der Pleistaurus ist ein ausgestorbenes vorgeschichtliches Meerungeber, das einen riesig langen Hals, einen krokodilförmigen Körper und vier zum Schwimmen ausgebildete Füße behält.

Gingesandt.

Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preisgelehrte, nicht die ideelle Verantwortung.)

Erwiderung auf das Gingesandt zu den Vorträgen

Dr. Büschings.

Sicherlich ist es peinlich, die Fragen des Geschlechtslebens in der Öffentlichkeit zu behandeln. Aber es kommt nur zuletzt darauf an, ob dies in formvoller, vornehmer Weise geschieht, oder nicht. Es ist eine bedauerliche, aber nicht abschlagende Tatsache, daß die Geschlechtskrankheiten unsere breiteste Öffentlichkeit bedrohen. Daraum muß auch die breiteste Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden.

Tann von Schöllenbach.

Ein Börsenroman von Barr-Kunkel.

10)

Keller schritt wieder auf den Stuhl zu, auf dem er vorhin gesessen, und fiel darauf nieder wie ein Schmiedehammer auf den Amboss.

"Sie haben recht," erklärte er kurz, "ich blitte die Sünden meiner Faust und meines Mundes zu vergeben."

Der Graf winkte leicht mit der Hand.

"Zugestanden! Ich sage ja selbst manchmal 'zum Aufzug! Also weiter!"

Als ich mich an Bord des Rajah' begab, hatten weder der Kapitän noch einer der Offiziere irgend etwas dagegen einzuwenden, daß ich die Oberaufsicht über die Besatzung übernahm. Das Geug lag auf dem Rat, und in weniger als drei Tagen war alles an Bord und gut verstaut. Während dieser Zeit hatte ich nichts bemerkt, was meinen Verdacht hätte erregen können. Ich hatte dem Kapitän mitgeteilt, daß Sie jetzt die Verfügung über den Dampfer hätten. Er nahm die Nachricht mit ancheinender Gleichgültigkeit auf und brummte etwas wie, das wäre ihm alles ganz Burscht, wenn er nur sein Geld bekäme. Die leichte Fracht, die an Bord genommen wurde, war eine große Meng Zeltseide, und es war mein Glück, daß ich dies an den Fuß der Treppe legen ließ, die in den Raum hinunterführte. Wie waren grade damit fertig geworden, die Arbeiter waren alle an Deck gegangen, und ich warf noch einen letzten Blick umher, um zu sehen, ob wir vielleicht noch irgend etwas vergessen hätten. Dann stieg ich die Treppe hinauf und war ganz stark, als ich den alten Schwarz da sahen sah, der mit einem großen, dunklen Mann sprach, der, wie ich später erfuhr, der Leiter der Expedition war. Ohne ein Wort zu sagen, setzte dieser Mann mir den Fuß auf die Brust und stieß mich rückwärts in den Schiffsräum zurück. Sofort hinterher wurde die Saitur zugemacht und ich war in Dunkelheit. Durch das Hin- und Herrennen auf dem Deck über mir bemerkte ich, daß der Dampfer zu Reaktion bereit stand.

Das gilt nicht zuletzt für die Jugend. Das Rattenfalle ist es, wenn die Eltern ihren Kindern sagten, was sie unabdingbar über diesen Punkt wissen müssen. Aber meist scheuen sie sich, oft fehlt ihnen auch die klare Erkenntnis der Dinge. Daraus soll der Arzt reden; auch vor Frauen und Mädchen, damit sie die Wahrheit annehmen, daß Gesundheit die Voraussetzung des Glückes ist, und daß die Geschlechtskrankheiten unangenehm viel Glück zerstören. Die Wirkung vor dem Weibe, der Frau und Mutter soll der wahre Gradmesser für den Nutzenwert eines Volkes sein. Ich glaube, wie vielerlei der Frauenehre und Frauenschande mehr, wenn wir öffentlich für Reinheit und Frauenschande eintreten, als wenn wir von diesen Dingen überhaupt nicht reden. Daraum müssen wir leider in die breiteste Öffentlichkeit eindringen.

Dresdner Schlachtmärkt am 28. März 1922. **Auftrieb:** 1. Kinder: a) 4. Löwen, b) 5. Bullen, c) 2. Rübe. 2. 417 Röbler, 8. 5 Schafe, 4. 851 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtwicht: Kinder und Schafe: Montagspreise. Röbler: 1. Doppellöwen - 2. beide Räuber und Saugfälber 1850 bis 1950, 3000 bis 3125, 3. mittlere Räuber und gute Saugfälber 1650 bis 1750, 2775 bis 2900, 4. geringe Röbler 1800 bis 1900, 2875 bis 2700. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahre 2900 bis 2400, 2950 bis 8075, 2. Bettelweine 2400 bis 2550, 3050 bis 8175, 3. Fleischige 2100 bis 2200, 2800 bis 2925, 4. gering entwickelte 1900 bis 2000, 2675 bis 2800. 5. Sauen und Ober 2000 bis 2500, 2650 bis 3050. Gesäßgang bei Röbler langsam. Ausnahmepreise über Notiz.

Junger Jagdhund
Schwarz, ohne Steuermarken, in Größen angelaufen. Gegen Erstattung der Unkosten bei M. Stein, Blumberg b. Döbber.

Eine Großmagd
die melden kann, zum 1. April gefüllt. Grubbe, Weißbauer.

Eine saubere Waschkraut sucht Frau A. von Old, Ritterhof, 8.

Junger Mann sucht
Schlafstelle mit Post in Meißen, Seehausen oder Staudorf.

1 Schmiedelehrling
sucht G. Urban, Elbfstr. 10.

Autscher. Gute melden im Straßenbahn-Depot.

Eine möblierte Wohnung sucht 1. April jüngeres

Autscher. Gute melden im Straßenbahn-Depot.

Eine möblierte Wohnung sucht 1. April jüngeres

Autscher. Gute melden im Straßenbahn-Depot.

Autscher.</

Die Reparationskrise.

Aus Paris schreibt man und:

Die Note der Reparationskommission und ihr ergänzendes Schreiben an den Reichskanzler, die eine summarisch ungünstige Reduktion der Zahlungspflichten pro 1922 mit einer Reihe schwerer neuer Forderungen aufweist, hat in den politischen Kreisen der Reichshauptstadt eine Situation hervorgerufen, die an Nervosität und schwerer Sorge nur mit jenen Tagen zu vergleichen ist, in denen über den Verfaßter Friedensvertrag und über das Londoner Ultimatum Besluß zu fassen war.

Im Allgemeinen kann man sagen, daß das Gefühl überwiegt, es müsse endlich ein Ende haben mit dem Eingehen auf Forderungen, deren Unzulässigkeit von vornherein feststeht, und es ist lediglich die andere Erwähnung, daß die verlangte Summe tatsächlich um ein Drittel kleiner ist, als die im Mai vorigen Jahres bereits ausgestanden, die einer einheitlich ablehnenden Stimmung noch entgegenwirkt.

Von den Kritikern, die bisher zu dem Problem Stellung genommen haben, ist vor allem die "Böllische Zeitung", die den Rücktritt auf diese summarische Verminderung gelegt wissen will. Andererseits unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Fassung einiger der Forderungen schon an sich derart ist, daß eine Erfüllung im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems unmöglich ausgehen werden kann. Es sind dies jene Teile, in denen kategorisch verlangt wird, daß bis an gewissen sehr nahelegenden Daten bestimmte fiskalische Maßnahmen in Deutschland zum Gesetz erhoben werden. Niemand ist in der Lage, daß Zustandekommen so weittragender Wege überhaupt zu garantieren, die Erfahrungen mit dem Steuerkompromiß haben zur Genüge gezeigt, wie schwer es ist, angestellte der gegenwärtigen konservativen Lage Majoritäten für noch höhere Steuerbelastungen zusammen zu bringen. Die Art und Weise, in der die Reparationskommission ihre Forderung erhebt, ist eine bemerkenswerte Dementierung des demokratischen Prinzips und sie ist mindestens bezüglich der gelegten Termine in praktischer Beziehung fast indiskutabel.

Dieser Schwierigkeit müßten selbst solche Politiker Rechnung tragen, die sonst völlig bereit wären, das Moratoriumsultimatum mit Stumpf und Stiel zu schließen, auch sie müßten mit der Unmöglichkeit rechnen, die verfassungsmäßigen Wege innerhalb der gesetzten Fristen zu durchlaufen. Aber es kann auch nicht gesagt werden, daß abgesehen von dieser Schwierigkeit, die Regelung sehr groß wäre, sich dem neuen Diktat zu unterwerfen. Die Regierung selbst hat noch keine Stellung genommen, sie ist für den Augenblick noch mit der mehr mechanischen Arbeit beschäftigt, durch Rückfragen in Paris den Sinn einiger unscharfer Wendungen aufzulären. Eine Stellungnahme des Kabinetts ist wahrscheinlich erst am Sonnabend zu erwarten, und man rechnet damit, daß eine sachlich scharf ablehnende Erklärung erfolgen wird, daß diese Ablehnung den Verbündeten vorent aber noch nicht notifiziert werden wird, sondern daß zuerst noch das Aussertheke verloren werden wird, auf dem Wege der Verhandlung wesentliche Abänderungen zu erreichen.

Diese Tatsak könnte von den jüngsten Koalitionsparteien und vielleicht auch von den nächsten Nachbarsaktionen genehmigt werden, die Frage, um die es sich handelt, wäre damit aller Wahrscheinlichkeit nach aber nur binausgeschoben, denn es besteht nur äußerst düstige Hoffnung auf wirklich wesentliche Wilsungen, die im Paris entworfenen Schemata. Welche Haltung einzunehmen sein wird, wenn auch diese düstige Möglichkeit ins Arealen haben wird, ist also das eigentliche politische Problem. Und in dieser Beziehung kann gesagt werden, daß im Augenblick die Regelung zur Ablehnung, kommt was da wolle, überwiegend zu sein scheint.

Von den Blättern der Linken haben sich bisher die kommunistische "Note Fahne", der mehrheitssozialistische "Vorwärts" und das demokratische "Berliner Tagblatt" in diesem Sinne ausgesprochen, die Stimmen der Rechten lassen erst recht keinen Zweifel über diese Auffassung zu und aus dem Lager des Zentrums und der Unabhängigen sind bisher mindestens keine gegenteiligen Neuerungen zu verzeichnen. Das einzige, wogegen sich die dem Birth-Kabinett nahestehende Presse wendet, ist die scharf unterstrichene Behauptung der Rechten, daß die Erfüllungspolitik der jüngsten Regierung auszumengenbrochen sei. Man hält hier an der Auffassung fest, daß nur der offene Willen zur Leistung des Möglichen die Grenze des Möglichen vor aller Welt schoben machen könne, und daß nur auf dieser tatsächlichen Grundlage scheinlich auch einmal das Wagnis unternommen werden könne, erwiesenermaßen Unmögliches abzulehnen. Die Politik der Ablehnung wird von dieser Seite mit großer Energie als einziger gangbarer Weg verteidigt, und in der Tat sollte selbst von den Gegnern dieser Auffassung ihren Anhängern wenigstens der absolute zweifelsfreie gute Glaube nicht abgedrohen werden. Auf der Grundlage dieser gegen seitigen Anerkennung der einen Seite und unter Berücksichtigung der Auseinandersetzungen über die Vergangenheit wird es leichter möglich sein, den furchtbar schweren Be schluss über die Zukunft zu fassen, ein Beschluss, dessen Durchführung vielleicht die höchste, geringste Kraft des ganzen Volkes erfordert wird.

Die innerpolitische Lage Englands.

Der Londoner Berichterstatter des *WB* erfährt: Die innerpolitische Lage, die vor einer Woche noch vollkommen unsicher war, wird jetzt als gestillt angegeben. Es wird nicht daran gesmeckt, daß, wenn der Premierminister am Montag in acht Tagen im Unterhaus die Politik aus einanderzeichnet, die die britische Regierung in Genua vorschlagen wird, das Haus durch ein starkes Vertrauensvotum ausdrücken werde, daß der Premierminister das Land in seiner überwiegenden Mehrheit bei der Fortführung seiner Genua-Politik hinter sich habe. Es handelt sich nicht mehr um die Frage, ob Gegenläufe innerhalb der einen oder anderen Partei den Fortbestand der Koalitionsregierung gefährden, sondern um die weit wichtigeren Fragen, ob das Land gewillt ist, der britischen Regierung bei ihrem Entschluß, Europa aus der Kriegsatomosphäre, die noch immer über dem Kontinent lagere, herauszuführen und Europa wirtschaftlich wieder herzustellen, zu unterstüzen. In dieser Hinsicht bedeutet Genua die erste große Gelegenheit, alle europäischen Nationen zusammenzuführen und ihnen zu zeigen, daß sie alle als Mitglieder eines einzigen großen Wirtschaftsvertrags von einander abhängen und daß, wenn eins der Mitgliedertant ist, alle übrigen darunter leiden müssen. Die britische Regierung hofft, daß Genua auch zur Belebung der Arbeitslosigkeit in England und zur Wiederherstellung des vor niedrig liegenden englischen Handels beitragen werde. Eine Besserung sei jedoch hier nicht möglich, solange nicht die politischen und wirtschaftlichen Hindernisse, die einer Wiederherstellung normaler, friedlicher Verhältnisse in Europa im Wege stehen, weggeräumt seien. Dies sei freilich nicht durch eine Konferenz allein erreichbar. Es müsse jedoch einmal ein Anfang gemacht werden, und Genua bedeute daher die Einleitung der neuen Politik des europäischen Zusammensetzens, die die kommenden Jahre beherrschen müsse, wenn Europa nicht zu Grunde gehen sollte.

Berliner Besprechungen über die Reparationsfrage.

Der Reichskanzler wird am Dienstag zur Note der Reparationskommission sprechen.

Gestern nachmittag hatte der Reichskanzler im Reichstag Besprechungen mit allen Reichstagsfraktionen, die die durch die Mittelungen der Reparationskommission entstandene parlamentarische Lage zum Gegenstand hatten. Der Reichskanzler gab davon Kenntnis, daß die Reichsregierung erst nach Übergabe des vollständigen amtlichen Textes der Antwort der Reparationskommission in der Lage sei, dazu Stellung zu nehmen und sich im Reichstag verantwortlich zu äußern. Alle Fraktionen waren darin einig, daß sie selbst an der Hand des amtlichen Textes, den ihnen die Regierung so schnell wie möglich zu geben läßt, in eine genaue Prüfung der in der Note aufgeworfenen Fragen eintreten müßten und daß es deshalb wünschenswert sei, die Reparationsfrage im Parlament erst dann zu behandeln, wenn die Regierung eine abschließende Erklärung abgeben könnte. Der Reichskanzler legte dies für die erste Sitzung in der nächsten Woche zu, die auf Dienstag in Aussicht genommen ist. Alle Reichstagsfraktionen erklärten sich damit einverstanden.

Die Reichsregierung hat laut "Berliner Tagblatt" beschlossen, zunächst einige Anfragen nach Paris zu richten, um nähere Aufklärungen über einige Punkte der Reparationsnote zu bekommen.

Als erste der Fraktionen des Reichstages beschäftigten sich gestern die Deutschen nationalen mit der durch die Reparationsnote geschaffenen Lage. In der Fraktion kam die einmütige Stimmung zum Ausdruck, daß der neuen Note entzesselter Widerstand entgegengesetzt werden müsse.

Vor der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern empfing der Reichskanzler drei Vertreter der deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, Dr. Kurt Sorge und Geheimrat Deutscher. Sie legten dem Kanzler eingehend den Standpunkt der deutschen Industrie an der Note der Reparationskommission dar und erklärten, die Ausbringung der gesuchten 60 Milliarden Stenten sei unmöglich.

Französische Pressestimmen.

Über die Entscheidung der Reparationskommission schreibt "Petit Parisien", die gesamte deutsche Presse, sowohl die konservative wie die sozialistische, nehmend die Befürwortung der Reparationskommission mit Befürworten und entzesseten Protesten auf, weil die Alliierten diesmal gemeinsam fund gaben, daß sie darauf hoffen würden, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, und daß sie den Zahlungsaufschub zugänglich machen würden, wenn die deutsche Regierung nicht in nächster Frist durch Vermehrung der Steuern und Verminderung der Ausgaben, durch innere und durch äußere Anstrengung, Ordnung in ihre Finanzen bringe. Das daß das deutsche Volk verpflichtet sei, hart zu arbeiten und sich ernstlich Entbehrungen aufzuerlegen, daß die deutsche Industrie und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vernichtende Lasten zu tragen, das sei die Klarheit selbst. Wer wer trage daran Schuld? Die Perspektive sei für die Deutschen alte Klassen und aller Parteien schmerlich. Aber im Jahre 1914,

in dem Augenblick, in dem die deutschen Heere die französischen Provinzen verwüsteten, hätten sie sich das sagen lassen, ob es mit der gleichen Geduld und Willkür vorgegangen wäre, wenn es gesiegt hätte. — "Figaro" prüft die deutschen Finanzen und stellt ihnen gegenüber, was die Entente von Deutschland an Zahlungen erwartet. Das Blatt kommt zu dem Schluss, es schreibe übertrieben, augenscheinlich von einer durch den Staat gewollten Sabotage zu sprechen. Diese Sabotage habe bekehren können, aber die Unordnung sei so erbt und das Leben des Landes so tief erschüttert, daß der Wunsch, das Leben zu heilen, für aufrichtig gehalten werden könne.

Englische Urteile.

Der aufsehenreiche Sturz der Mark und eine in London vorliegende Meldung, die deutsche Regierung beabsichtigt zurückzutreten, finden in der Londoner Presse große Beachtung. Es wird hervorgehoben, daß die Bedingungen der Reparationskommission in Berlin als vollkommen unannehbar angesehen werden und daß die deutschen politischen Führer die Ansicht aussprechen, die Reparationsfrage werde zum politischen Chaos führen. Der Berichterstatter der "Times" schreibt, die Finanzprogramme der Reparationskommission würden von allen Seiten als unmöglich und das Garantiekonto als mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet. Die nachenklichen Leute, mit denen er in Berlin gesprochen habe, hofften, daß die leste Note nicht als Ultimatum, sondern als Grundlage zu weiteren Erörterungen angesehen werde. Unter Hinweis darauf, daß in parlamentarischen Kreisen bereit von der Möglichkeit einer Regierungskrise gesprochen werde, schreibt der Korrespondent, die Leute, die die Note unbefangen betrachten, hofften ernstlich, daß es nicht dazu kommen werde. Bei allen Schwächen und Mängeln bietet die augenblickliche Koalition unter Dr. Birth noch immer die größte Aussicht auf Volligkeit und jede Alternative nach links oder rechts würde wahrscheinlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Die neue Lage sei so plötzlich gekommen, daß es nur möglich sei, ihre unmittelbare Wirkung abzuwöhnen.

Beunruhigung in Amerika.

Der Washingtoner Berichterstatter der "Times" schreibt, die amerikanischen Regierungskräfte seien besorgt über die gemeldete Vereinbarung der Reparationskommission mit Bezug auf die deutschen Zahlungen und die Kontrolle, die die Kommission in Deutschland ausüben mößte. Es besteht Unsicherheit wegen der Zielsetzung Amerikas gegenüber Deutschland. Man sei der Auffassung, daß die Reparationskommission in Deutschland ancheinend eine sehr weitreichende Kontrolle errichten wolle, und die Art, in der die leste amerikanische Forderung nach Bezahlung der Ausgaben für die militärische Belastung aufgenommen worden sei, werde als eine Andeutung der Art und Weise angesehen, in der diese Kontrolle wahrscheinlich ausübt werden würde, um die amerikanischen Interessen zu beeinträchtigen.

Getreidewirtschaft und Kartoffelversorgung im nächsten Wirtschaftsjahr.

Am Dienstag und Mittwoch traten im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Vertreter der Länder, darunter eine größere Anzahl von Ernährungs- und Landwirtschaftsministern unter Voritz des Staatssekretärs Dr. Huber zu einer Beratung zusammen. Gegenstand der Beratung war die Getreidebewirtschaftung und die Kartoffelversorgung im nächsten Wirtschaftsjahr. Bei der Getreidebewirtschaftung war die Versammlung mit Ausnahme des Vertreters eines Landes, welches die Stellungnahme sich vorbehält, der Auffassung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Endziel, der freien Wirtschaft, noch nicht zugesteckt werden könne, daß vielmehr der Abbau den Zeitverhältnissen Rechnung tragen müsse, und daß diese eine völlige Freigabe des Getreides für das nächste Wirtschaftsjahr noch nicht gestatten. Demgemäß sprach sich die Versammlung für eine Umlage auch im nächsten Wirtschaftsjahr aus. In einer binnen kurzem einzubereitenden Referentenbesprechung soll mit den Ländern an der Hand ihres vorzulegenden Materials eine Erörterung über die Grundzüge einer entsprechenden Gesetzesvorlage stattfinden. Bei Beprüfung der Kartoffelversorgung wurden die Mängel des diesjährigen Versorgung dargelegt und allseitig anerkannt, jedoch wurde auch auf die Schwierigkeiten einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft und auch der Einführung einer Kartoffelzulage nachdrücklich hingewiesen, insbesondere auf das Risiko und die Schwierigkeiten, die den Gemeinden erwachsen. Die Konferenz machte noch keine bestimmten Vorschläge. Ihre Stellungnahme kommt zum Ausdruck in einer Resolution, auf die sich alle Vertreter einigten, und die besagt, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft einen Weg suchen und Vorschläge machen möge für eine bessere Versorgung. Das Material für solche Vorschläge soll den Ländern baldigst zugeleitet werden. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

"Die Vertreter der Regierungen der deutschen Länder sind einmütig der Auffassung, daß die von der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1921 der Bevölkerung in Aussicht gestellte ausreichende Versorgung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen nicht erreicht werden kann und daher ein Weg gefunden werden muß, für das Wirtschaftsjahr 1922 eine Verbesserung der Versorgung der Nichtfelderzeuger sicher zu stellen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird die entsprechenden Maßnahmen erläutern, geeignete Vorschläge zu machen und das diese Vorschläge begründende Material in allerndächster Zeit den Ländern augeben zu lassen. In einer noch im April stattfindenden Beprüfung des Vertreters der Länder wird endgültig zu dieser Frage Stellung zu nehmen sein."

Protest Ostpreußens.

Im Reichsrat gab vor Eintritt in die Tagesordnung des Vertreters von Ostpreußen Freiherr v. Gaul eine Erklärung ab, in der er im Namen der Provinz Ostpreußen feierlich Verwahrung einlegte gegen die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die Verletzung des Friedensvertrages von Versailles, die durch die Entscheidung vom 18. März von der interalliierten Grenzschiedungskommission für die deutsch-polnische Grenze an den um den Weichselhafen herumgelegten deutschen Territorien durch ihre Beteiligung zu Polen und durch die Abtrennung Ostpreußens vom Weichselufer begangen worden sind. Ostpreußen, insbesondere die betroffenen Ortschaften, in denen durchschnittlich 92 Prozent der Bevölkerung am 11. Juli 1920 für Ostpreußen und Deutschland gestimmt haben, erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit allen Mitteln sich dieser Vergrößerung widersetzt. Staatssekretär Söhre schloß sich dieser Verwahrung im

Namen des preußischen Staatsministeriums an. Der bayrische Gesandte v. Preys unterstellt im Namen der übrigen im Reichsrat vertretenen Länder die Vorstellungen Ostpreußens. Reichsminister des Innern Dr. Küster erklärte, die Reichsregierung fühle sich in dieser Frage mit dem gesamten Reichsrat einig. Auch der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen hätten einer Delegation aus den von schwerem Unheil betroffenen Districten zugestellt, nicht nur mit allen der Reichsregierung zur Verfügung stehenden Mitteln die Entscheidung, wenn es angehe, zugänglich zu machen, sondern insbesondere auch zu ermöglichen, daß die Delegation so schnell wie möglich in Paris an Ort und Stelle ihren Probe und ihre Einwände zur Geltung bringen könne.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Reichsrats machte über einen

Nachtragsetat für 1922

Ministerialdirektor Sach als Berichterstatter der Ausschüsse eingehende Mitteilung. Der Löwenanteil der Steuererhöhung werde durch die Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung aufgezehrt; für die Reparationslasten blieben nur 16,5 Milliarden. Nach Abzug dieses Betrages würden 102,9 Milliarden ungedeckt bleiben. Der Reichstag wolle nun eine Zwangsleihe von einer Milliarde abrichten, deren Ergebnis in Papiermark noch nicht feststehe. Bei einem Umrechnungsfaktor von 1:70 wären 70 Milliarden zu erwarten, sodaß auch dann 102,9 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages ungedeckt bleiben würden. Die Zwangsleihe, die einen neuen schwierigwiegenden Eingriff in das Wirtschaftsleben und eine Schmälerung der Erträge der Bevölkerung für die kommende Zeit bedeutet, würde nicht einmal für 1922 eine Gefundung unserer Finanzlage herbeiführen. Wäre es möglich, wie anscheinend die Reparationskommission verlangt, für 1922 noch weitere Steuern im Betrage von 60 Millionen Mark aus dem deutschen Volke heranzuholen — das dies möglich sein würde, werde in diesem Kreise kaum jemand glauben —, so würde auch das nicht ausreichen, um die Ausgaben, die der Friedensvertrag auferlege, voll zu decken; es würden immer noch 72,9 Milliarden ungedeckt bleiben.

Das Unerfüllbares von uns verlangt wird, kann deutlicher nicht dargestellt werden. Nachdem das Plenum den Erhöhungsetat unverändert angenommen hatte, wurde der Notentat angenommen, der für zwei Monate die notwendigen Kreditermächtigungen für die Regierung gibt. Angenommen wurde weiter im Entwurf die Reichshaushalttsordnung (Komptabilitätsgefecht). Zur Verteilung von 60 Millionen Mark Entschädigung der Gemeinden für den durch den Regfall der Besteuerung des Mindestentommens erlittenen Ausfall, beschloß der Reichsrat, die Bevölkerungszahl der Länder als Maßstab festzulegen. Es handelt sich nur um die Überverteilung an die Länder, die dann die Unterwertung an die Gemeinden vornehmen.

Ein Gesetzentwurf zur

Anpassung des Strafgesetzbuches an die Verhöhung sucht den Schutz des Reichspräsidenten, der an der Gleichstellung beteiligter Körperschaften, des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates, der Reichsregierung und der Regierung der Länder, ferner den Schutz der Mitglieder der Regierungen von Reich und Ländern bei der Vornahme von Regierungshandlungen, sowie der Staatsform und der Freiheit von Reich und Ländern gegen Beschlagnahmung vor. Von den beantragten Immunitäten der Staatsratsmitglieder ist Abstand genommen worden, ebenso von der Ausdehnung des Schutzes auf die Staatspräsidenten der Länder. Ein Antrag Preußens will die Bestrafung für Begehung und Verkörperung jeder Fahne in den Farben des Reiches oder eines deutschen Landes, nicht bloß der Flagge einer zur Flaggenträumer befürbten Partei. Unter Abwehrung der

